

rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband



gegründet 1861

Dienstag, 23. Juli 1985

Blatt 1795

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Bereits über FS ausgesendet: (grau)
Glanzvolle Eröffnung des Festivals "Japan in Wien"
Mayr: Noch heuer Entscheidung über AKH-Betriebsform
Soziale Dienste - täglich 20.000 Betreute

Kommunal: (rosa)
Neues von den Wiener Friedhöfen
Gemeindebauten: Mitbestimmung bei der Planung
Außenringautobahn wird Bundesstraße
Beanstandete Weinmarken werden veröffentlicht
Offene Rechnungen für die Behandlung libyscher
Patienten

Lokal: (orange)
U-Bahn-Bau: Wasser muß zwischengelagert werden
Dechantlacke verunreinigt - zum Baden nicht
geeignet

Nur über FS:
22.7. Autobus-Umleitungen
Feuer im Arbeiterwohnheim
23.7. Feuerwehr barg Mopedfahrer

.....
Bereits am 22. Juli 1985 über Fernschreiber ausgesendet
.....

Glanzvolle Eröffnung des Festivals "Japan in Wien"

10 #Wien, 22.7. (RK-KOMMUNAL) Vor zahlreich erschienenem Publikum wurde am Sonntag das Festival "Japan in Wien" durch Vizebürgermeister Hans MAYR und den japanischen Botschafter S. E. Ryohei MURATA im Großen Saal des Musikvereins feierlich eröffnet: Vizebürgermeister Mayr gab seiner Freude über das große Interesse der Wiener Bevölkerung an dem nunmehr zum dritten Mal stattfindenden Festival Ausdruck und dankte den mitwirkenden Künstlern und Ensembles aus Japan für ihre engagierte Teilnahme sowie dem Kulturamt der Stadt Wien und dem Wiener Fremdenverkehrsverband für die Organisation des Festivals.#

Der Botschafter Japans betonte, daß er sein Amt in Wien mit großer Freude angetreten hätte, da ihm die Stadt durch einen längeren Aufenthalt vor 20 Jahren schon ans Herz gewachsene sei. Er versicherte, er werde sich persönlich voll dafür einsetzen, daß die kulturellen und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Japan und Österreich weiter ausgebaut und noch enger geknüpft werden.

Durch das Programm der Folklore-Vereinigung Nagoya Geinodan führte fachkundig Dr. Peter Pantzer vom Japanologischen Institut der Universität Wien, und das Publikum war von den dargebotenen Volksliedern und -tänzen so angetan, daß es die Künstler nicht ohne Zugabe entließ. (Schluß) wfvv/gg

NNNN

.....
Bereits am 22. Juli 1985 über Fernschreiber ausgesendet
.....

Mayr: Noch heuer Entscheidung über AKH-Betriebsform

Utl.: Lieferfirmen werden nicht aus Verantwortung entlassen

11 Wien, 22.7. (RK-KOMMUNAL) Die Entscheidung über die künftige Betriebsform des neuen AKH wird noch heuer fallen, erklärte Vizebürgermeister Hans MAYR Montag zu einer in einem Pressegespräch geäußerten Befürchtung von Vizebürgermeister Dr. Erhard BUSEK. Damit werden in diesem Jahr - wie versprochen - die Unterlagen über die Betriebskosten und die Betriebsform vorliegen.

Die Behauptung Buseks, die im Frühjahr 1985 präsentierte AKH-Betriebskostenrechnung wäre unrealistisch, wies Mayr als "irreal" zurück. Wahrscheinlich habe Busek die VAMED-Unterlagen gar nicht studiert, denn ansonsten könne er nicht fehlende Aussagen über die Personal- und Energiekosten kritisieren. Mayr: "All dies ist in der VAMED-Betriebskostenrechnung enthalten, man muß die Unterlagen bloß genauer anschauen."

Wenn Busek verlangt, die seit Baubeginn gelieferten Anlagen sollen raschest abgenommen werden, macht er sich für die Lieferfirmen stark, betonte Mayr weiter. Es war ein Teil der Ausschreibung, daß die Abnahme erst nach Inbetriebnahme erfolgen soll, weil sich erst dann die volle Funktionstüchtigkeit herausstellen kann. Die Lieferfirmen haben diese Ausschreibungsbedingung akzeptiert, es bestehe kein Grund, sie vorzeitig aus ihrer Verantwortung zu entlassen. Würde man der Forderung Buseks nachgeben, so würde das derzeit bei den Firmen bestehende Risiko auf die künftigen Nutzer des AKH und in weiterer Folge auf die Steuerzahler verschoben werden, erklärte Mayr. (Schluß) sei/rr

NNNN

.....
Bereits am 22. Juli 1985 über Fernschreiber ausgesendet
.....

Soziale Dienste - täglich 20.000 Betreute

12 #Wien, 22.7. (RK-KOMMUNAL) Als unverständlich bezeichnete Stadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER Montag die von ÖVP-Stadträtin Maria HAMPEL-FUCHS im Rahmen eines Pressegespräches aufgestellte Forderung nach Neuorientierung der Altenpolitik in Wien.

Hampel-Fuchs verlange nämlich genaue jene Orientierung, nach der das Sozial- und Gesundheitswesen der Bundeshauptstadt ausgerichtet sei. So haben sich gerade in den letzten Jahren aufgrund der forcierten Bemühungen seitens der Stadt Wien immer mehr praktische Ärzte niedergelassen. Was die sozialen Dienste betrifft, so wurden diese in einer Form ausgebaut, wie sie in keiner vergleichbaren Großstadt besteht. #

Hampel-Fuchs sei offensichtlich nicht darüber informiert, daß in Wien täglich zwischen 18.000 bis 20.000 ältere Menschen mit Hilfe der bestehenden sozialen Dienste und Einrichtungen versorgt werden. Ohne dieses reichhaltige Angebot wäre es notwendig gewesen, noch eine Vielzahl von Pflegeheimenrichtungen zu schaffen. Die geforderte Hauskrankenhilfe (Mobile Schwestern) gibt es bereits seit geraumer Zeit. Ebenso werden Selbsthilfegruppen nicht nur ideell, sondern auch im Rahmen eines eigenen Fonds materiell unterstützt.

Zwtl.: Pflegezentrum Sophienspital

Zur Ablehnung des Pflegezentrums im Sophienspital erklärte der Stadtrat, daß die ÖVP dagegen sei, obwohl sie ihrerseits Sozialstationen in den Bezirken verlangt. Im übrigen werde das künftige Pflegezentrum aufgrund entsprechender Schallschutzmaßnahmen keinerlei Umweltbelastungen für seine Patienten aufweisen. Nach Meinung Stachers handelt es sich bei den aufgestellten Forderungen um ein unausgegorenes Konzept. Dies treffe auch auf die von Busek aufgestellte Forderung nach einer Strukturreform der medizinischen Fakultät zu, die auf sein, Stachers, Betreiben stattfindet, und wo bereits wesentliche Beschlüsse erfolgt sind. (Schluß) zi/rr

NNNN

Neues von den Wiener Friedhöfen (1)

Utl.: Aufbahrungshalle Ottakring fertiggestellt

2 #Wien, 23.7. (RK-KOMMUNAL) Gestern, Montag, wurde die um 3,7 Millionen Schilling renovierte Aufbahrungshalle 1 im Friedhof Ottakring wiedereröffnet. Dies nahm Dienstag Stadtrat Johann HATZL zum Anlaß, im Pressegespräch des Bürgermeisters über einige wichtige Neuerungen am Friedhofs- und Bestattungssektor zu berichten. So liegt ein Antrag der Städtischen Friedhöfe auf Änderung der aus dem Jahr 1965 stammenden Zoneneinteilung vor. Damit sollen nahegelegene Wahlfriedhöfe, auch wenn sie einer anderen Zone angehören, zum selben Entgelt belegt werden können. Wie Stadtrat Hatzl weiter berichtete, wurden seit der Volksbefragung im Jahr 1980 in die Revitalisierung der 16 ehemaligen Sperrfriedhöfe bereits 30 Millionen Schilling investiert. #

Die seit Mai 1984 gesperrte Aufbahrungshalle 1 im Friedhof Ottakring wurde am 22. Juli 1985 feierlich wiedereröffnet. Das Gebäude wurde, um drohende Feuchtigkeitsschäden zu verhindern, isoliert. Rund um die Aufbahrungshalle wurde ein Traufenpflaster verlegt und eine Abflußrinne für Regenwasser montiert. Die Fassade wurde instandgesetzt, außerdem wurde der komplette Hallenfußboden durch einen neuen Fußbodenaufbau mit Wärmeisolierung ersetzt. Eine neue Altarnische wurde errichtet.

Die Zeremonienräume erhielten einen Natursteinbodenbelag sowie einen Altarpodest und einen Orgelpodest, beide ebenfalls aus Naturstein. Die Ornamente und Wandmalerei wurden erneuert.

Die Gesamtkosten der Renovierung beliefen sich auf rund 3,7 Millionen Schilling. (Forts.) roh/bs

NNNN

Neues von den Wiener Friedhöfen (2)

Utl.: Verbesserung der Zoneneinteilung für die Wahlfriedhöfe

3 Wien, 23.7. (RK-KOMMUNAL) Seit einem Gemeinderatsbeschluß aus dem Jahr 1965 sind die 42 Wahlfriedhöfe der Stadt Wien in vier Zonen eingeteilt. Die Zugehörigkeit zur entsprechenden Zone, die sich nach dem letzten Wohnort des Verstorbenen richtet, ist vor allem für die Höhe der Friedhofsentgelte maßgeblich. Im Falle einer Beerdigung auf einem einer anderen Zone zugehörigen Friedhof sind wesentlich höhere Entgelte zu zahlen.

Hier kommt es nun zu einer wesentlichen Verbesserung bei Friedhöfen, die nahe an Zonengrenzen liegen. Erweiterungen der Zugehörigkeitsbereiche werden geschaffen.

Damit können naheliegende Friedhöfe, auch wenn sie einer anderen Zone angehören, zum normalen Entgelt für Wahlfriedhöfe belegt werden. Das gilt auch für Gräber, die früher zu erhöhten Gebühren, weil einer anderen Zone zugehörig, erworben wurden, wenn in einem "zonenfremden" Grab ein zonenmäßig zugehöriger Verwandter beigelegt wird.

Zwtl.: Die Reaktivierung der Sperrfriedhöfe

Im Jahr 1980 wurde auf Grund einer Volksbefragung der "Sperrbeschluß" aufgehoben, nach dem in 16 Friedhöfen keine neuen Gräber mehr angelegt werden durften. Seit damals werden die von der Reaktivierung betroffenen Friedhöfe und die zugehörigen Aufbahrungshallen mit großem Aufwand erneuert und saniert. Insgesamt wurden dafür innerhalb der letzten fünf Jahre fast 30 Millionen Schilling ausgegeben.

Die größten durchgeführten Maßnahmen der letzten Jahre:

- o Friedhof GERSTHOF (Fertigstellung Februar 1983), Sanierung der Aufbahrungshalle; Kosten rund eine Million
- o PÖTZLEINSDORF (Juli 1983), Sanierung der Aufbahrungshalle, Erneuerung des Vorplatzes und der Wasserleitung; 1,6 Millionen
- o MEIDLING (April 1984), Sanierung der Aufbahrungshalle, der Straßen, Wege, des Kanals und der Einfriedung; knapp 7 Millionen.

(Forts.) roh/bs

Neues von den Wiener Friedhöfen (3)

4 Wien, 23.7. (RK-KOMMUNAL)

- o STADLAU (Dezember 1984), Herstellung eines Verwaltungsgebäudes, Sanierung der Aufbahrungshalle und des Vorplatzes; 3,1 Millionen
- o KALKSBURG (Juni 1985), Sanierung der Aufbahrungshalle und der Mauer; 1,4 Millionen

Zwtl.: Sanierung der anderen städtischen Friedhöfe

Neben der Reaktivierung der früheren Sperrfriedhöfe wurden auch in die Erhaltung und Verbesserung der anderen städtischen Friedhöfe seit 1983 rund 108 Millionen Schilling, investiert. Der größte Brocken dabei war der Zentralfriedhof, wo die Aufbahrungshalle 1 völlig umgebaut wurde (Fertigstellung November 1983), das Krematorium wo neue, umweltfreundliche öfen errichtet werden und ein neuer Urnenhain angelegt wurde. Von 1983 bis 1985 wurden ungefähr 80 Millionen Schilling investiert.

Weitere wichtige Aktivitäten:

- o Pfarrfriedhof KAHLENBERGDORF (Oktober 1983), Generalsanierung des Gebäudes; 0,5 Millionen
- o OTTAKRING (Mai 1984), Sanierung der Halle 2; 1 Million
- o ASPERN (1984), Erweiterung; knapp 1 Million
- o Pfarrfriedhof PENZING (Mai 1985), Überholung und Neugestaltung der Aufbahrungshalle; 1,5 Millionen
- o OTTAKRING (JULI 1985), Sanierung der Halle 1; 3,7 Millionen

Die Kostenangaben beziehen sich auf die Gesamtkosten, die sich die Städtische Bestattung und die Städtischen Friedhöfe untereinander aufteilen.

Für 1985 und 1986 sind eine Reihe weiterer Maßnahmen auf den Friedhöfen der Stadt Wien geplant. Die wichtigsten:

- o Heuer soll die denkmalgeschützte Aufbahrungshalle Hadersdorf-Weidlingau renoviert werden. Außerdem ist eine Instandsetzung des Zeremonienraumes und der Nebenräume in der Halle 2 des Zentralfriedhofes vorgesehen. Dort soll auch eine neue Tonanlage eingebaut werden.
- o 1986 wird die Innenausstattung der Aufbahrungshalle Stammersdorfer Zentralfriedhof I revitalisiert und die Aufbahrungshalle Kaiser-ebersdorf neu errichtet. Außerdem werden nach Fertigstellung der neuen Kremationsöfen in der Feuerhalle Simmering die Zeremonienräume instandgesetzt. (Forts.) roh/rr

Neues von den Wiener Friedhöfen (4)

Utl.: Neue Broschüren

5 Wien, 23.7. (RK-KOMMUNAL) Gerade im Trauerfall ist Rat und Unterstützung notwendig. Zu diesem Zweck hat die Städtischen Bestattung zwei neue Broschüren aufgelegt: "Rat und Hilfe im Trauerfall" mit allen notwendigen Informationen - von den notwendigen behördlichen Maßnahmen bis zu Versicherungs- und Verlassenschaftsfragen - und das "Kondolenzbrevier", das der Erinnerung an die Trauerfeierlichkeiten dienen soll. Die Broschüren sind kostenlos bei den Wiener Stadtwerken-Städtische Bestattung, Wien 4, Goldeggasse 19 (Tel. 65 16 31-0), erhältlich. (Schluß)

roh/gg

NNNN

Gemeindebauten: Mitbestimmung bei der Planung

7 #Wien, 23.7. (RK-KOMMUNAL) In den letzten Jahren wurden bei städtischen Wohnhausneubauten verschiedene Modelle der Mitwirkung der künftigen Bewohner an der Planung getestet. Ein Pilotprojekt war die Feßtgasse 12 - 14 in Ottakring. Vor der Fertigstellung steht die Wohnhausanlage in Wien 11, Oberleitengasse 19, in Bau ist unter anderen das Wohnhaus in Wien 6, Marchettigasse 16.

Aufbauend auf diesen Erfahrungen wurde nunmehr ein Modell erarbeitet, um die Mietermitbestimmung in Zukunft bei allen Wohnbauten der Stadt Wien zu ermöglichen. Wohnbaustadtrat Ing. Fritz HOFMANN berichtete darüber am Dienstag im Pressegespräch des Bürgermeisters.#

Vorgesehen sind zwei Arten der Mitbestimmung:

- 1) Bei Bauvorhaben bis maximal ca. 70 Wohnungen (das sind rund achtzig Prozent aller städtischen Wohnbauvorhaben) soll es die "große Mitbestimmung" geben:

Etwa ein Jahr vor der Übergabe - also wenn das Haus im Rohbau steht - werden mit den künftigen Bewohnern Mietvorverträge abgeschlossen und die ungefähren Kosten bekanntgegeben. Den Mietern werden mehrere Grundrißvarianten für ihre Wohnung vorgelegt, aus denen sie eine auswählen können. Darüber hinaus besteht aber auch die Möglichkeit, auf individuelle Wünsche bezüglich der genauen Situierung der Trennwände einzugehen. Der für den Architekten entstehende Mehraufwand wird im Rahmen der Gesamtkosten abgegolten, sodaß für den einzelnen Mieter keine nennenswerten Mehrkosten entstehen.

Außerdem können - gegen entsprechende Aufzahlung direkt an die beauftragte Firma - Mieterwünsche bezüglich einer von der Norm abweichenden Wohnungsausstattung (Fliesen, Bodenbeläge, Steckdosen etc.) berücksichtigt werden. Dabei soll im Sinne des Konsumentenschutzes - zum Teil schon durch die Ausschreibung oder, wo möglich, durch die Bestätigung der Preisangemessenheit - auch weitgehend sichergestellt werden, daß für die Mieter keine Preisnachteile entstehen.

- 2) Bei Wohnhausanlagen mit mehr als 70 Wohnungen erscheint eine Mietermitbestimmung auch über den Wohnungsgrundriß aus administrativen Gründen nicht mehr sinnvoll. Allerdings sollen auch bei solchen Wohnhausanlagen Mieterwünsche bezüglich einer von der Norm abweichenden Wohnungsausstattung berücksichtigt werden ("kleine Mitbestimmung"). Generell sollen die Mieter in Zukunft auch selbst über die Ausstattung der Gemeinschaftsräume und -flächen mitentscheiden können. (Forts. mgl.) ger/gg

Außenringautobahn wird Bundesstraße

8 #Wien, 23.7. (RK-KOMMUNAL) Die im Bundesstraßengesetz derzeit noch vorgesehene Außenringautobahn im Südosten Wiens wird zu einer Bundesstraße B "abgezont". Darauf einigten sich Bautenminister Heinrich ÜBLEIS, Niederösterreichs Landeshauptmann Siegfried LUDWIG und Wiens Planungsstadtrat Ing. Fritz HOFMANN. Wie Hofmann dazu am Dienstag im Pressegespräch des Bürgermeisters erläuterte, soll im Zuge dieser Straße - in Abstimmung mit der geplanten Staustufe Wien - auch eine zwei- oder vierspurige Donaubrücke gebaut werden. Die Donauuferautobahn zwischen Praterbrücke und der künftigen neuen Donaubrücke soll ebenfalls zu einer Bundesstraße abgezont werden.

Die B 225 soll nicht in der bisher im Bundesstraßengesetz vorgesehenen Form realisiert werden. Geplant ist nun eine Abfahrt von der Südost-Tangente, die vor dem Zentralfriedhof in die Simmeringer Hauptstraße einmündet, sowie eine Verbindung von der Südost-Tangente zur Simmeringer Haide. Mit der generellen Planung dieser Straßenzüge soll noch vor der formellen Beschlußfassung im Nationalrat begonnen werden. (Schluß) ger/rr

NNNN

Beanstandete Weinmarken werden veröffentlicht

9 Wien, 23.7. (RK-KOMMUNAL) Vom Marktamt bzw. von der Lebensmitteluntersuchungsanstalt der Stadt Wien beanstandete Weinmarken, in denen Diäthylenglykol nachgewiesen wurde, werden der Öffentlichkeit bekanntgegeben. Dies kündigte Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER - er vertritt derzeit Konsumentenstadträtin Friederike SEIDL - Dienstag beim Bürgermeister -Pressegespräch an. Mit dieser Veröffentlichung sollen die Konsumenten vor dem Genuß derartiger Weine gewarnt werden.

An der Lebensmitteluntersuchungsanstalt des Bundes, die aus ganz Österreich Proben erhält, werden wöchentlich ca. 30 Proben abgeliefert. Zusätzlich werden durch die Lebensmitteluntersuchungsanstalt der Stadt Wien weitere, vom Marktamt geschickte Proben, untersucht. Die Proben werden sowohl von Lebensmittelkleinhandelsbetrieben, aus Weinspezialgeschäften, aber auch aus Gastgewerbebetrieben und Buschenschänken geholt. (Schluß) zi/rr

NNNN

Offene Rechnungen für die Behandlung libyscher Patienten

Utl.: Gemeinsame Gespräche zur Lösung

10 Wien, 23.7. (RK-KOMMUNAL) Libyen schuldet zur Zeit für die Behandlung von libyschen Patienten der Gemeinde Wien als Spitalserhalter rund 114 Millionen Schilling. 65,5 Millionen Schilling davon entfallen auf ausständige Pflegegebühren, der Rest sind Arzthonorare. Wie Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER Dienstag im Rahmen des Bürgermeister-Pressegesprächs bekanntgab, soll in gemeinsamen Gesprächen mit dem Außenministerium und dem libyschen Volksbüro in nächster Zeit versucht werden, eine entsprechende Lösung zu finden, um diesen Schuldenberg möglichst rasch abzubauen.

Nach Meinung des Stadtrates ist dieser Zahlungsrückstand nicht auf Zahlungsunwilligkeit als viel mehr auf organisatorische Schwierigkeiten der Libyer zurückzuführen. So betrug die Höhe der aufgelaufenen Rechnungen bereits 200 Millionen Schilling und konnte in letzter Zeit bereits etwas abgetragen werden.

Bekanntlich wird in den letzten Jahren monatlich eine größere Zahl schwerkranker Libyer nach Wien eingeflogen, da diese in ihrer Heimat nicht ausreichend behandelt werden können. Dabei handelt es sich zumeist um medizinisch sehr aufwendige und teure Behandlungen. Nach Meinung des Stadtrates sollte jedoch trotz alledem die medizinische Hilfeleistung im Sinne der Humanität stets Vorrang haben. (Schluß) zi/gg

NNNN

U-Bahn-Bau: Wasser muß zwischengelagert werden

11 #Wien, 23.7. (RK-LOKAL) Da die Gefahr besteht, daß aus einem der beim U-Bahn-Bau entdeckten alten Gasbehälter Sickerwasser auslaufen könnte, müssen diese Behälter nun entleert werden. Das zyanidhaltige Wasser soll als erste Maßnahme bei den EBS zwischengelagert werden, bis die endgültige Entsorgung möglich ist. Das betonte Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER Dienstag im Pressegespräch des Bürgermeisters. Zur Frage der endgültigen Entsorgung wurde festgestellt, daß die EBS die Menge Erdreich, die vermutlich verunreinigt ist, nicht entsorgen können wird. Es gibt wohl bereits einige Angebote von Firmen, die aber zum Teil gar keine entsprechende Deponie besitzen. Es muß daher nun auf nationaler wie internationaler Ebene exakt geprüft werden, wie das verunreinigte Material umweltkonform entsorgt werden kann. #
(Schluß) .hrs/gg

NNNN

Dechantlacke verunreinigt - zum Baden nicht geeignet

12 #Wien, 23.7. (RK-LOKAL) Die Dechantlacke, die von der Stadt Wien zwar nicht als Badegewässer angeboten, dennoch aber von Erholungssuchenden oft aufgesucht wird, ist wegen des hohen Salmonellen- und Kolibakterienanteils nicht zum Baden geeignet: wie Untersuchungen der MA 15 zeigen, ist der Anteil an Enterokokken, Salmonellen und Kolibakterien im Wasser der Dechantlacke in der letzten Zeit derart angestiegen, daß in dem Gewässer nicht gebadet werden soll. Das erklärte Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER Dienstag im Pressegespräch des Bürgermeisters. Für die Verschmutzung der Dechantlacke - Warntafeln werden in Zukunft darauf hinweisen, daß sie als Badegewässer nicht geeignet ist - ist offensichtlich kein einzelner Verursacher verantwortlich; es kommen dafür am ehesten Badegäste in Frage, die zur Verunreinigung durch Fäkalien beigetragen haben.#

(Schluß) hrs/gg

NNNN